



Niederschrift

Fortsetzung der 36. (außerordentliche) öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Sitzungstermin:	Montag, 07.11.2011
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:40 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich- Ebert-Str. 79-81

Anwesend sind:

Fraktion Die LINKE

Herr Jens Gruschka	anwesend ab 17:35 Uhr/TOP 4.5.1
Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	
Frau Dr. Gabriele Herzel	
Frau Gudrun Hofmeister	
Herr Ralf Jäkel	
Herr Peter Kaminski	anwesend ab 17:20 Uhr
Herr Rolf Kutzmutz	anwesend ab 17:39 Uhr
Frau Birgit Müller	
Frau Dr. Sigrid Müller	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	
Frau Dr. Karin Schröter	
Frau Jana Schulze	
Frau Solveig Sudhoff	
Herr Stefan Wollenberg	anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.12

Fraktion SPD

Herr Pete Heuer	anwesend ab 17:12 Uhr/TOP 3.15
Frau Heike Judacz	
Herr Volker Klamke	
Frau Hannelore Knoblich	
Herr Till Meyer	anwesend ab 17:17 Uhr/TOP 3.17
Frau Anke Michalske-Acioglu	
Frau Dr. Manja Orłowski	
Herr Dr. Ralf Otto	
Herr Mike Schubert	
Herr Claus Wartenberg	

Fraktion CDU/ANW

Herr Hans-Wilhelm Dünn	
Herr Horst Heinzel	anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.13
Herr Peter Lehmann	
Herr Klaus Rietz	
Herr Michael Schröder	

Fraktion Grüne/B90

Frau Saskia Hüneke
Herr Martin Kühn
Frau Dr. Brigitte Lotz
Herr Andreas Menzel
Herr Peter Schüler

anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.12

anwesend ab 17:11 Uhr/TOP 3.13

Fraktion FDP

Herr Johannes Baron v. d. Osten
gen. Sacken

Fraktion Die Andere

Frau Christine Anlauff
Herr Wolfgang Rose
Herr Arndt Sändig

anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.13

Fraktion BürgerBündnis

Frau Ute Bankwitz
Frau Jutta Busch
Herr Wolfhard Kirsch

anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.13

Fraktion Potsdamer Demokraten

Herr Wolfgang Cornelius
Herr Peter Schultheiß

Oberbürgermeister

Herr Jann Jakobs

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp
Herr Burkhard Exner
Frau Elona Müller-Preinesberger

Nicht anwesend sind:**Fraktion Die LINKE**

Frau Olga Schummel
Frau Anita Tack

nicht entschuldigt
entschuldigt

Fraktion SPD

Frau Klara Geywitz
Herr Hans-Peter Michalske
Frau Birgit Morgenroth
Herr Dr. Hagen Wegewitz
Frau Christina Wolf

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt

Fraktion CDU/ANW

Frau Maike Dencker

entschuldigt

Fraktion FDP

Herr Stefan Becker
Frau Franziska Schneider
Herr Björn Teuteberg

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Einzelstadtverordneter

Herr Brian Utting

nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

entschuldigt

Ortsvorsteher

Herr Ulf Mohr

Herr Franz Blaser

Herr Hans Becker

Herr Dr. Wolfgang Grittner

Herr Stefan Gutschmidt

Herr Dietmar Bendyk

Protokoll:

Öffentlicher Teil

Sitzungsleitung:

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Herr Schüler

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Herr Schüler dem Stadtverordneten von der Osten Sacken namens der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu dessen Geburtstag.

Anschließend wird die 36. (außerordentliche) Sitzung mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 3.10 fortgesetzt.

zu 3.10 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen

Vorlage: 11/SVV/0667

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die neue Gesamtschule in Potsdams Norden als Plus Energie Schule bauen zu lassen. Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität in Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten.

Die Vorlage wird von der Stadtverordneten Hüneke namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer **neuen Textfassung** eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die neue Gesamtschule in Potsdams Norden mehrere Konzepte vorzulegen, um ein Gebäude mit möglichst geringen Bewirtschaftungskosten und optimalen Lebenszykluskosten bauen zu können. Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität im Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten.

Anschließend wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die **Überweisung in die Ausschüsse für Bildung und Sport sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung** beantragt.

Mit der Empfehlung des Beigeordneten für Zentrale Steuerung und Service Herrn Exner, diese Vorlage **auch in den Werksausschuss KIS zu überweisen**, erklärt sich die Antragstellerin **einverstanden**.

Gegen die Überweisung der (neuen Fassung) DS 11/SVV/0667 in die o. g. Ausschüsse sowie in den Werksausschuss KIS erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.11 Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO₂-Ausstoß bei der künftigen Anschaffung von Dienstwagen und Nutzfahrzeugen
Vorlage: 11/SVV/0668

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter der Stadtwerke wird beauftragt, künftig nachstehende Kriterien bei der Anschaffung von Dienstwagen und Nutzfahrzeugen berücksichtigen zu lassen:

1. Bei Einkauf und Beschaffung von dienstlich genutzten Fahrzeugen muss zukünftig dem CO₂-Ausstoß eine größere Gewichtung im Beschaffungsprozess eingeräumt werden. Für jede Neuanschaffung von Personenwagen soll (ab sofort) der EU-Grenzwert für 2012 von 120 g CO₂/km eingehalten werden.
2. Zukünftige Änderungen des Grenzwertes sollen in den folgenden Jahren entsprechend berücksichtigt werden.
3. Für leichte Nutzfahrzeuge soll mindestens der EU-Grenzwert ab 2017 von 175 g CO₂/km gelten, künftige Änderungen sind auch hier zu berücksichtigen. Sofern für schwere Nutzfahrzeuge ein Grenzwert von der EU erlassen wird, ist dieser ebenfalls als Mindestmaß zu berücksichtigen.
4. Per Gesellschafterbeschluss ist dafür Sorge zu tragen, dass die Regelungen in den Punkten 2 bis 4 auch von den kommunalen Gesellschaften und des kommunalen Eigenbetriebes angewandt werden.
5. Über die Umsetzung dieses Beschlusses ist regelmäßig, mindestens einmal jährlich, in der Stadtverordnetenversammlung und/oder im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung Bericht zu erstatten.

Namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die DS 11/SVV/0668 von der Stadtverordneten Hüneke eingebracht und anschließend **die Überweisung in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung** beantragt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.12 Ausschluss von Geheimhaltungsklauseln II
Vorlage: 11/SVV/0674

Fraktion Die Andere

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister als Leiter der Stadtverwaltung und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien und Organen städtischer Betriebe werden angewiesen, sicherzustellen, dass keine Verträge geschlossen werden, die eine Geheimhaltungspflicht gegenüber den Stadtverordneten enthalten oder begründen. In dringenden Einzelfällen kann die Stadtverordnetenversammlung im Einzelfall entscheiden, dass eine entsprechende Klausel in den Vertrag aufgenommen werden kann.

Namens der Fraktion Die Andere wird die Vorlage vom Stadtverordneten Rose eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner beantragt die **Überweisung** in den Hauptausschuss.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0674 in den Hauptausschuss wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen.

zu 3.13 Zusätzlicher Halt aller Züge des Regionalverkehrs auf den Bahnhöfen Charlottenhof und Park Sanssouci**Vorlage: 11/SVV/0697**

Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der DB AG und dem VBB darauf zu drängen, dass während der vorgesehenen Streckensperrungen und darüber hinaus alle Züge des Regionalverkehrs auf den Bahnhöfen Charlottenhof und Park Sanssouci halten und nicht ohne Halt durchfahren.

Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Dr. Gunold namens der Fraktion DIE LINKE eingebracht.

Nachdem der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp informiert hat, dass auf die entsprechende Anfrage eine Antwort des VBB vorliege, empfiehlt er die **Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen**.

Mit der Überweisung der DS 11/SVV/0697 in den o. g. Ausschuss erklärt sich die Antragstellerin **einverstanden**.

zu 3.14 **Einsicht in Unterlagen städtischer Unternehmen**

Vorlage: 11/SVV/0700

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung Einblick in die Niederschriften der Sitzungen der Gesellschafterversammlungen und Anweisungen des Gesellschaftervertreters der Landeshauptstadt Potsdam an die Geschäftsführung der EWP und SWP für die Jahre 2005-2011 sowie in die Quartalslageberichte 2005-2011 der EWP und SWP und Niederschriften der Sitzungen der Aufsichtsräte von EPW und SWP für die Jahre 2005-2011 zu gewähren und in öffentlicher Sitzung im November 2011 der StVV auf eventuelle Rückfragen Auskunft zu erteilen.

Zur Akteneinsicht sind drei Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung zu benennen:

- 1.
- 2.
3. Herr Andreas Menzel (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Die DS 11/SVV/0700 wird von der Stadtverordneten Hüneke namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht und anschließend die **Überweisung in den Hauptausschuss** beantragt.

Gegen die Überweisung der o. g. DS in den Hauptausschuss erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.15 **Gespräche mit der WBG 1903 zum Sportplatz Westkurve**

Vorlage: 11/SVV/0711

Fraktion Die Andere

Namens der Fraktion Die Andere wird von der Stadtverordneten Anlauff eine **neue Fassung** vorgetragen, die den Stadtverordneten als TISCHVORLAGE ausgereicht wurde und die zur Abstimmung gestellt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um die Erschließung und Zuwegung zur Westkurve in der Hans-Sachs-Straße bis zum Jahresende 2011 zu sichern.

Die weitere Entwicklung des Grundstückes zum kombinierten Sport- und Freizeitgelände soll unter Mitwirkung der beiden anliegenden Schulen, der BI Westkurve und des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West als Vertreter der späteren Nutzer erfolgen.

Der Hauptausschuss ist über die getroffenen Maßnahmen ab Dezember 2011

bis zur Sicherstellung der Zuwegung und Erschließung monatlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.16 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

Vorlage: 11/SVV/0712

Fraktion Die Andere

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt in den Gremien des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und in dessen Tochtergesellschaften werden angewiesen, die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um sicherzustellen, dass Auszubildende künftig eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie der Betrag, den die Krankenkassen erstatten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2011 über den Sachstand zu informieren.

Die DS 11/SVV/0712 wird vom Stadtverordneten Rose namens der Fraktion Die Andere eingebracht und anschließend die **Überweisung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales** beantragt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.17 Bericht zur Umsetzung Vergabegesetz

Vorlage: 11/SVV/0713

Fraktion DIE LINKE

Die Vorlage wird namens der Fraktion DIE LINKE vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp gibt zu bedenken, dass der Termin November 2011 nicht realisiert werden könne und informiert u. a., dass das Gesetz bisher noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht wurde und noch keine Ausführungsvorschriften vorliegen. Die betroffenen Kommunen, insbesondere die kreisfreien Städte des Landes Brandenburg haben mit diesem Gesetz erhebliche Probleme und ziehen eine Verfassungsbeschwerde in Erwägung, da sie das Konnexitätsprinzip verletzt sehen.

Vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs wird über Diskussionsschwerpunkte aus der Beratung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes informiert; es sei noch nicht entschieden, ob sich die Stadt an der Klage beteiligen; dies sei aber unabhängig vom Inkrafttreten des Gesetzes zum 01.01.2012. Die Stadt treffe die entsprechenden Vorbereitungen für die Umsetzung und über erste Erfahrungen könne im März 2012 berichtet werden.

Von der Antragstellerin wird der **Termin** der Vorlage des Berichtes auf „**Dezember 2012**“ geändert.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2011 einen Bericht vorzulegen, in dem dargestellt wird, welche Vorbereitungen die Stadt trifft, um sich auf das Inkrafttreten des Landesvergabegesetzes ab 01.01.2012 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 3.18 Therapiezentrum für Bundeswehrsoldaten

Vorlage: 11/SVV/0714

Fraktion Die Andere

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam im Klinikum „Ernst von Bergmann“ werden angewiesen, die Einrichtung einer auf posttraumatische Belastungsstörungen spezialisierten Therapieeinrichtung für ehemalige Bundeswehrsoldaten am jetzigen Standort „In der Aue“ oder anderen geeigneten Standorten in der Stadt zu prüfen.

Zur Finanzierung der Einrichtung sind Verhandlungen mit der Bundeswehr mit dem Ziel einer vollständigen Kostenübernahme nach dem Verursacherprinzip aufzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist ab Juni 2012 mindestens halbjährlich über den Sachstand zu unterrichten.

Die DS 11/SVV/0714 wird vom Stadtverordneten Rose namens der Fraktion Die Andere eingebracht und anschließend die **Überweisung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales** beantragt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.19 Änderung in der Ausschussbesetzung

Vorlage: 11/SVV/0586

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Ergänzend zu den Mitteilungen bezüglich der DS 11/SVV/0586 wurde den Stadtverordneten als TISCHVORLAGE die Änderungen in der Ausschussbesetzung angezeigt, die sich aus der Mandatsniederlegung von Frau Engel-Fürstberger ergeben.

Zu dieser Mitteilungsvorlage und den Ergänzungen besteht kein Redebedarf, sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 4 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister

**zu 4.1 Prüfbericht bezüglich einer Verkehrsberuhigung des Dr. Rudolf-Tschäpe-Platzes
gemäß Beschluss: 11/SVV/0205**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.1.1 Verkehrsberuhigung Dr.- Rudolf-Tschäpe-Platz
Vorlage: 11/SVV/0646
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung**

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen.**

**zu 4.2 Prüfergebnis zur Einrichtung eines Zebrastreifens oder einer Fußgängerampel an der Haltestelle Schlaatzstraße
gemäß Beschluss: 11/SVV/0221**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.2.1 Prüfung eines Zebrastreifens oder Fußgängerampel Haltestelle Schlaatzweg
Vorlage: 11/SVV/0583
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit**

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Kühn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

Abstimmung:

Die **Überweisung** der DS 11/SVV/0583 in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 4.3 Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation "Am Neuen Garten"
gemäß Beschluss: 11/SVV/0235**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.3.1 Verkehrssituation Am Neuen Garten
Vorlage: 11/SVV/0722
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis****

genommen.

**zu 4.4 Bericht zum Projekt "Offener Bücherschrank Potsdam"
gemäß Beschluss: 11/SVV/0375**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.4.1 Offener Bücherschrank Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0650**

Oberbürgermeister, FB Bibliothek

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen.**

**zu 4.5 Information zur Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in
der Geschwister-Scholl-Straße
gemäß Beschluss: 11/SVV/0421**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.5.1 Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der
Geschwister-Scholl-Straße**

Vorlage: 11/SVV/0582

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Heuer, Fraktion SPD, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Abstimmung:

Die **Überweisung** der DS 11/SVV/0582 **in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung** wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 4.6 Bericht über die Prüfergebnisse zur Einrichtung eines Inlinesportfeldes im
Volkspark
gemäß Beschluss: 11/SVV/0228**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu 4.6.1 Standort für Inline-Sportfeld

Vorlage: 11/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Nachdem der Oberbürgermeister die Nachfrage des Stadtverordneten Dr.

Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE, bezüglich einer Berichterstattung zum Problem Tennisplätze im Hauptausschuss im Dezember 2012 bejaht hat, wird diese Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.7 Bericht bezüglich Praktika in den Fachbereichen der Landeshauptstadt
Potsdam
gemäß Beschluss: 11/SVV/0328**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.7.1 Keine unbezahlten Praktika
Vorlage: 11/SVV/0720
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement**

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.8 Prüfergebnis zum Beitritt Potsdams bei der IKVS - Interkommunale
Vergleichssysteme GmbH
gemäß Beschluss: 11/SVV/0343**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.8.1 Beitritt IKVS - Interkommunale Vergleichssysteme GmbH
Vorlage: 11/SVV/0735
Oberbürgermeister, Bereich Zentrale Steuerungsunterstützung**

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.9 Bericht - Straßenquerung Horstweg
gemäß Beschluss: 11/SVV/0422**

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

**zu 4.9.1 Straßenquerung Horstweg
Vorlage: 11/SVV/0733
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit**

Auf die Nachfrage des Stadtverordneten Heuer, Fraktion SPD, wann mit der Querungshilfe zu rechnen sei, antwortet die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau E. Müller-Preinesberger, dass dies im Zusammenhang mit den möglichen Baumaßnahmen und finanziellen Mitteln 2012 mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen abgestimmt werde.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

Am Ende der Sitzung äußert sich der Stadtverordnete Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in einer **persönlichen Erklärung** kritisch darüber, dass die vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2011 gegebene Zusage, ihm bis Ende der 44. Kalenderwoche eine Antwort bezüglich der Anfrage, DS 11/SVV/0760, betr.: Vergabe Krampnitz-Gutachten zukommen zu lassen, nicht eingehalten habe und er dadurch in seiner Kontrollaufgabe behindert werde.

P. Schüler
Vorsitzender
der Stadtverordnetenversammlung